

A2 Satzungsneufassung

Gremium: Vorstand Grüne Nürnberg
Beschlussdatum: 14.03.2023
Tagesordnungspunkt: 8.1. Satzungsänderungsanträge

Antragstext

1 Präambel

2 Wir Nürnberger GRÜNE verstehen uns als ökologisch, sozial, basisdemokratisch und
3 gewaltfrei. Unser oberstes Ziel ist es, das Leben zu schützen und seine
4 Entfaltung zu fördern. Dies geschieht insbesondere in Verantwortung gegenüber
5 künftigen Generationen.

6 Die Offenheit zum Gespräch mit allen Personen oder Gruppen gehört zum
7 Selbstverständnis von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die unterschiedlichen Motive des
8 jeweiligen Engagements werden anerkannt und toleriert, um die Offenheit,
9 Lebensnähe und Vielfalt der Grünen politischen Alternative zu erhalten.

10 Ein wesentliches Ziel ist die Verwirklichung der Rechte und Interessen von
11 Frauen. Frauen sind Personen, die sich als solche definieren. Frauen und alle
12 Mitglieder bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wissen, dass sich eine Veränderung durch
13 das bloße Hoffen auf gute Vorsätze nicht erreichen lässt. Veränderungen müssen
14 auf vielen Ebenen ansetzen. Ein Ansatz ist das Grüne Frauenstatut mit der darin
15 verankerten Quotierung der Ämter und Mandate. Wir unterscheiden für
16 Gremienbesetzungen, Redelisten und Wahllisten generell in Frauenplätze (für
17 alle, die sich als Frauen definieren) und offene Plätze, die allen Menschen
18 unabhängig von ihrer Geschlechtsidentität offenstehen. Diese Maßnahmen sind ein
19 Weg, die Interessen von Frauen zu verwirklichen und gleichzeitig die
20 geschlechtliche Vielfalt abzubilden. Das Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist,
21 dass alle Mitglieder in allen Lebensbereichen über ihre Interessen selbst
22 bestimmen.

23 Wir Nürnberger GRÜNE sind überzeugt, dass es zur Durchsetzung unserer
24 politischen Ziele einer Organisation bedarf, die sich an Wahlen beteiligt und in
25 Parlamenten vertreten ist. Neben der Beteiligung an Wahlen sehen wir aber die
26 Teilhabe an unserer Stadtgesellschaft als elementaren Teil unserer Arbeit.

27 § 1 Name und Sitz

- 28 1. Die Organisation führt den Namen „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband
29 Nürnberg“. Die Kurzbezeichnung lautet GRÜNE.
- 30 2. Die Organisation ist der Kreisverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die
31 kreisfreie Stadt Nürnberg im Landesverband Bayern.
- 32 3. Sie hat ihren Sitz in der Stadt Nürnberg.

33 § 2 Mitgliedschaft

- 34 1. Mitglied des Kreisverbands kann jede*r werden, die*der sich zu den
35 Grundsätzen und politischen Zielen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennt.
- 36 2. Die gleichzeitige Mitgliedschaft in anderen politischen Parteien oder
37 Wählervereinigungen ist unzulässig.
- 38 3. Eine gleichzeitige Mitgliedschaft in anderen Kreisverbänden von BÜNDNIS
39 90/DIE GRÜNEN ist unzulässig.

40 § 3 Aufnahme von Mitgliedern

- 41 1. Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet der Vorstand des für den
42 Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort zuständigen Ortsverbandes.
43 Existiert kein Ortsverband oder hat dieser keinen Vorstand, entscheidet
44 der Kreisvorstand.
- 45 2. Es steht dem Ortsverband frei, dieses Recht sowie allgemein die
46 Mitgliederverwaltung per Beschluss an den Kreisverband zu übertragen.
- 47 3. Gegen die Zurückweisung eines Aufnahmeantrags kann jede*r Bewerber*in
48 binnen sechs Wochen nach Bekanntgabe Einspruch einlegen. Auf das
49 Einspruchsrecht ist bei der Ablehnung hinzuweisen, sonst beginnt die Frist
50 nicht zu laufen. Über den Einspruch entscheidet die Mitgliederversammlung
51 innerhalb von drei Monaten mit einfacher Mehrheit.
- 52 4. Die Ablehnung bedarf einer schriftlichen Begründung.

53 § 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- 54 1. Jedes Mitglied hat das Recht, sich an der politischen Willensbildung der
55 Partei zu beteiligen, an Wahlen und Abstimmungen im Rahmen der Satzung
56 teilzunehmen und sich mit anderen Mitgliedern zu beraten. Es kann an allen
57 (partei)öffentlichen Sitzungen von Gremien der Partei teilnehmen.
- 58 2. Jedes Mitglied hat die Pflicht, die Grundsätze und Ziele der Partei zu
59 unterstützen und die festgesetzten Beiträge rechtzeitig zu zahlen.
60 Mitglieder, die in geschlossenen Anstalten einsitzen, sind von der
61 Beitragszahlung befreit.
- 62 3. Das Recht des Mitgliedes, an Abstimmungen und Wahlen teilzunehmen, ist
63 davon abhängig, dass es den festgesetzten Erstbeitrag gezahlt hat und
64 seine Aufnahme der Kreisgeschäftsstelle mitgeteilt wurde.
- 65 4. Kein Mitglied darf mehr als zwei Vorständen gleichzeitig angehören.

66 § 5 Ende der Mitgliedschaft

- 67 1. Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder durch Streichung
68 sowie durch Tod.
- 69 2. Der Austritt eines Mitglieds kann jederzeit erfolgen. Er ist schriftlich
70 gegenüber dem zuständigen Ortsvorstand zu erklären und sofort wirksam,

71 sofern dies nicht anders erwünscht ist. Die Verwaltung von Austritten kann
72 durch den Ortsverband gemäß § 3 (2) an den Kreisverband abgetreten werden.

73 3. Die Streichung der Mitgliedschaft gemäß §5 (3) Landessatzung wird durch
74 den zuständigen Ortsvorstand vorgenommen. Dieses Recht kann gemäß § 3 (2)
75 an den Kreisvorstand abgetreten werden.

76 4. Der Ausschluss eines Mitglieds kann nur erfolgen, wenn es vorsätzlich
77 gegen die Satzung und die Grundsätze der Partei verstößt und dieser damit
78 schweren Schaden zufügt. Über den Ausschluss entscheidet das
79 Landesschiedsgericht.

80 5. Der Antrag auf Ausschluss kann vom Kreisvorstand oder zuständigen
81 Ortsvorstand, der Ortsversammlung des zuständigen Ortsverbands oder von
82 der Mitgliederversammlung gestellt werden.

83 § 6 Ortsverbände

84 1. Ortsverbände (OVs) können in einem räumlich und städtebaulich
85 zusammengehörigen Gebiet gegründet werden. Sie entfalten ihre Tätigkeit
86 grundsätzlich in ihrem räumlichen Geltungsbereich. Sie müssen über
87 mindestens drei Mitglieder verfügen.

88 2. Der Ortsvorstand besteht unter Beachtung des Frauenstatuts mindestens aus
89 zwei Vorsitzenden und mindestens einer*m, maximal jedoch zwei
90 Beisitzer*innen.

91 3. Höchstes beschlussfassendes Organ ist die Ortsversammlung. Bestimmungen
92 zur Mitgliederversammlung des Kreisverbands gelten entsprechend.

93 4. Ortsverbänden, die auf ihr Recht auf Mitgliederverwaltung verzichten,
94 steht eine mit dem Kreisvorstand zu verhandelnde finanzielle Ausstattung
95 zu. Sie können nur dann eine eigene Kasse führen, wenn dem Ortsvorstand
96 ein*e Schatzmeister*in angehört. Der Rechnungsabschluss ist nach den
97 Vorschriften der Gesetze und der Finanzordnung des Landesverbands
98 anzufertigen und innerhalb der gesetzten Fristen dem Kreisvorstand
99 vorzulegen.

100 5. Ortsverbände können sich eine eigene Satzung geben, durch die die hier
101 genannten Punkte weiter spezifiziert werden. In der Gestaltung ihrer
102 Satzung sind sie an die Vorschriften der Landessatzung gebunden.

103 6. In ihrer Öffentlichkeitsarbeit sind Ortsverbände frei, sollen aber
104 gemeinsam mit dem Kreisvorstand agieren.

105 § 7 Mitgliederversammlung

- 106 1. Die Mitgliederversammlung (MV) ist das höchste beschlussfassende Organ des
107 Kreisverbands.
- 108 2. Sie besteht aus den anwesenden Mitgliedern des Kreisverbands.
- 109 3. Die Mitgliederversammlung gibt die politischen Leitlinien für die Arbeit
110 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Nürnberg vor.
- 111 4. Die Mitgliederversammlung beschließt unter anderem:
- 112 • Anträge an die Mitgliederversammlung
 - 113 • die politischen Grundsatzentscheidungen und die Programme des
114 Kreisverbands
 - 115 • die Haushaltspläne des Kreisverbands die Wahl des Kreisvorstands
 - 116 • die Geschäftsordnung und Wahlordnung des Kreisverbands
 - 117 • politische Bündnisse und Koalitionen auf Ratsebene
 - 118 • die Wahl der Rechnungsprüfer*innen
 - 119 • den Rechenschaftsbericht des Kreisvorstands
 - 120 • den Bericht der Rechnungsprüfer*innen
 - 121 • die Entlastung des Kreisvorstands
- 122 5. Antragsberechtigt sind alle Mitglieder des Kreisverbands, der
123 Kreisvorstand, Ortsverbände, die Arbeitskreise, die Projektgruppen, die
124 GRÜNE JUGEND Nürnberg und alle Grünen Mandatsträger*innen. Anträge zu
125 Satzungsänderungen sind Mitgliedern 14 Tage vor Abstimmung schriftlich per
126 Post oder auf elektronischem Wege mitzuteilen (Nachweis Poststempel oder
127 Sendebericht). Abweichend von § 7 (7) werden Satzungsänderungen mit
128 Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.
- 129 6. Die Abwahl von Mitgliedern des Kreisvorstands durch die
130 Mitgliederversammlung ist jederzeit möglich. Zwischen Antragsstellung und
131 Abstimmung muss jedoch eine Frist von 14 Tagen liegen. Die Nachwahl
132 erfolgt in der nächsten Mitgliederversammlung, jedoch maximal vier Wochen
133 nach der Abwahl. Sollte mehr als ein Drittel der Mitglieder des
134 Kreisvorstands abgewählt werden, erfolgt die Nachwahl sofort.
- 135 7. Die Beschlussfassung erfolgt gemäß Landessatzung. Näheres regeln
136 Geschäftsordnung und Wahlordnung.
- 137 8. Über die Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, das nach
138 Kenntnisnahme durch den Kreisvorstand durch die folgende
139 Mitgliederversammlung zu genehmigen ist und mit der Einladung zur nächsten

140 regulären Mitgliederversammlung in elektronischer Form den Mitgliedern des
141 Kreisverbands zugänglich gemacht wird.

142 9. Reguläre Mitgliederversammlungen finden mindestens viermal jährlich statt
143 und tagen grundsätzlich öffentlich.

144 10. Auf Verlangen von einem Fünftel der Mitglieder des Kreisverbands oder
145 einer absoluten Mehrheit der Ortsverbände muss innerhalb von 14 Tagen eine
146 Sondermitgliederversammlung einberufen werden. Ausgeschlossen davon ist
147 die Abwahl von Mitgliedern des Kreisvorstands nach § 7 (6).

148 11. Eine fristgerechte Ladung der Mitglieder muss 14 Tage vor der Versammlung
149 schriftlich per Post oder auf elektronischem Wege erfolgen. Zur
150 Fristwahrung genügt die rechtzeitige Aufgabe der Einladung bei der Post
151 unter der letzten bekannten Anschrift oder das Senden der elektronischen
152 Nachricht unter der letzten bekannten elektronischen Adresse (Nachweis
153 Poststempel oder Sendebericht). Eine Ergänzung oder Vervollständigung der
154 Einladung zur Mitgliederversammlung kann bis spätestens 48 Stunden vor
155 Sitzungsbeginn erfolgen, sofern dies nicht durch anderweitige Regelungen
156 ausgeschlossen ist.

157 § 8 Sondermitgliederversammlung

158 1. Sondermitgliederversammlungen sind: Aufstellungsversammlungen,
159 Delegiertenwahlen, Listenaufstellungen und nach § 7 (10) eingeforderte
160 Mitgliederversammlungen.

161 2. Ihre primären Aufgaben sind die Wahl der Delegierten für die Bezirks-,
162 Landes- und Bundesversammlungen sowie die Aufstellung von Kandidierenden
163 im Rechtsbereich des Kreisverbands.

164 3. Anträge, die nicht dem Thema der Sondermitgliederversammlung entsprechen,
165 sind unzulässig, über Initiativanträge debattiert und beschließt die
166 Sondermitgliederversammlung.

167 4. Über die Protokolle von Sondermitgliederversammlungen beschließt die
168 folgende Mitgliederversammlung, sofern dieses fristgemäß zugänglich
169 gemacht werden kann.

170 5. Für Sondermitgliederversammlungen gelten die in § 7 (11) dargelegten
171 Ladefristen, sofern keine anderweitigen Regelungen existieren.

172 6. Nachwahlen von Delegierten können abweichend von § 8 (1) auch während
173 regulärer Mitgliederversammlungen durchgeführt werden.

174 § 9 Kreisvorstand

175 1. Der Kreisvorstand besteht aus insgesamt acht Mitgliedern, darunter zwei
176 Kreisvorsitzende, ein*e Schatzmeister*in und fünf Beisitzer*innen.

177 2. Unter diesen Beisitzer*innen befinden sich ein*e Schriftführer*in und
178 ein*e Vielfaltsbeauftragte*r. Es steht der Mitgliederversammlung frei, per
179 Antrag weitere einzelne Beisitzposten mit einem bereits vor der Wahl

- 180 definierten Aufgabenbereich zu versehen. In diesem Fall ist der Posten in
181 einem eigenen Wahlgang zu wählen. Bei fehlender Kandidatur oder nach
182 Beschluss der Mitgliederversammlung auf Antrag können der*die
183 Schriftführer*in und/oder der*die Vielfaltsbeauftragte*r für die Dauer der
184 Wahlperiode durch eine*n Beisitzer*in ohne definierten Aufgabenbereich
185 ersetzt werden.
- 186 3. Die Kreisvorsitzenden werden von der Mitgliederversammlung unter
187 Beachtung des Frauenstatuts in jeweils einem Wahlgang gewählt. Der*die
188 Kreisschatzmeister*in wird ebenfalls in einem eigenen Wahlgang von der
189 Mitgliederversammlung gewählt, ebenso alle Beisitzer*innen mit nach § 9
190 (2) definiertem Aufgabenbereich. Die weiteren Beisitzer*innen werden von
191 der Mitgliederversammlung so gewählt, dass das Frauenstatut auf den
192 gesamten Vorstand bezogen eingehalten wird. Weiteres, einschließlich der
193 Reihenfolge der Wahl der Beisitzposten, regelt die Wahlordnung.
- 194 4. Die Kreisvorsitzenden und der*die Kreisschatzmeister*in bilden den
195 Geschäftsführenden Vorstand.
- 196 5. Die beiden Kreisvorsitzenden vertreten den Kreisverband gemäß § 26 BGB
197 nach außen.
- 198 6. Der*die Kreisschatzmeister*in trägt die Verantwortung für eine
199 ordnungsgemäße Kassenführung. Er*Sie legt dem Kreisvorstand und der
200 Mitgliederversammlung jährlich einen Jahresabschluss und einen
201 Haushaltsplanentwurf vor. In seinem*ihrem Handeln ist er*sie an das
202 Landesfinanzstatut gebunden.
- 203 7. Der*Die Schriftführer*in ist für die ordnungsgemäße Protokollierung von
204 Vorstandssitzungen und Beschlüssen zuständig. Weiterhin trägt er*sie Sorge
205 für den satzungs-, geschäftsordnungs- und wahlordnungskonformen Ablauf
206 regulärer Mitgliederversammlungen.
- 207 8. Der*die Vielfaltsbeauftragte*r hat den Auftrag, Vielfalt innerhalb der
208 Partei zu fördern.
- 209 9. Der Kreisvorstand bestreitet die politische Arbeit und ist verantwortlich
210 für die Durchführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung, für die
211 Einberufung und Organisation der Mitgliederversammlungen, für die
212 ordnungsgemäße Verwaltung und Verwendung des Parteivermögens und für die
213 Einstellung und Kündigung von Angestellten des Kreisverbands. Weiterhin
214 sind die Aufnahme, Streichung und der Ausschluss von Mitgliedern Teil
215 seines Aufgabenbereichs, sofern Ortsverbände gemäß § 3 (2) das Recht auf
216 Mitgliederverwaltung an den Kreisverband abgetreten haben oder kein für
217 das betroffene Mitglied zuständiger Ortsverband existiert.
- 218 10. Zur Wahrung seiner Pflichten tagt der Kreisvorstand regelmäßig, mindestens
219 einmal pro Monat. Er ist nur dann beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner

- 220 Mitglieder an einer Vorstandssitzung teilnimmt. Vorstandssitzungen sind zu
221 protokollieren.
- 222 11. Vorstandssitzungen sind im Allgemeinen parteiöffentlich. Auf Beschluss
223 steht es dem Kreisvorstand frei, die Parteiöffentlichkeit auszuschließen.
- 224 12. Dringende Beschlüsse können im elektronischen Umlaufverfahren durchgeführt
225 werden. Die Stimmabgabe per Umlaufverfahren ist spätestens 48 Stunden nach
226 ihrem Beginn zu schließen.
- 227 13. Weitere Aufgaben verteilt der Kreisvorstand eigenverantwortlich auf seine
228 Mitglieder. Er auch Aufgaben an die Kreisgeschäftsstelle delegieren.
- 229 14. Die Amtszeit des Kreisvorstands beträgt zwei Jahre. Die Wiederwahl ist
230 möglich.
- 231 15. Bei der Nachwahl von Mitgliedern des Kreisvorstands erfolgt diese nur für
232 den Rest der laufenden Amtszeit. Bei Rücktritt oder Abwahl (vgl. § 7 (6))
233 folgt die Nachwahl zum frühestmöglichen satzungsgemäßen Zeitpunkt.

234 § 10 Beirat

- 235 1. Der Beirat besteht aus je einem*r Sprecher*in der Arbeitskreise, einem
236 Vorstandsmitglied der Ortsverbände, einem Mitglied der GRÜNEN JUGEND
237 Nürnberg, einem Mitglied der Stadtratsfraktion sowie den sonstigen Amts-
238 und Mandatsträger*innen aus dem Kreisverband.
- 239 2. Der Beirat unterstützt den Kreisvorstand bei seiner politischen Arbeit und
240 wirkt bei der Umsetzung von Beschlüssen als beratendes und vernetzendes
241 Gremium mit. Er hat kein Stimmrecht.
- 242 3. Er tagt mindestens vier Mal jährlich zusammen mit dem Kreisvorstand.

243 § 11 Arbeitskreise

- 244 1. Arbeitskreise (AKs) sind auf der Grundlage der Grundsätze und inhaltlichen
245 Beschlüsse der Partei autonom inhaltlich arbeitende, regelmäßig tagende
246 Fachgruppen.
- 247 2. Die Bildung von Arbeitskreisen auf Kreisverbandsebene bedarf der
248 Zustimmung der Mitgliederversammlung. Die Bildung und Ziele eines
249 Arbeitskreises sind den Mitgliedern bekannt zu machen.
- 250 3. Die Arbeitskreise wählen in zweijährigem Turnus unter Beachtung des
251 Frauenstatuts mindestens zwei, jedoch maximal vier Sprecher*innen.
- 252 4. Arbeitskreise tagen grundsätzlich öffentlich. Die Öffentlichkeit kann nur
253 auf vorherigen Beschluss ausgeschlossen werden.
- 254 5. Zur vertieften inhaltlichen Arbeit können Arbeitskreise Arbeitsgruppen
255 bilden, deren Leitung zwei Personen obliegt.
- 256 6. Die Öffentlichkeitsarbeit erfolgt in Abstimmung mit dem Kreisvorstand.

257 § 12 Projektgruppen

- 258 1. Projektgruppen (PGs) arbeiten grundsätzlich projekt- und zielbezogen und
259 sind damit zeitlich maximal auf die Dauer der Wahlperiode des
260 Kreisvorstands befristet. Anschließend ist neu über eine Verlängerung zu
261 entscheiden.
- 262 2. Die Einrichtung von Projektgruppen obliegt dem Kreisvorstand zur
263 Unterstützung seiner Tätigkeiten. Ihre Leitung obliegt mindestens einem
264 Mitglied des Kreisvorstands oder mindestens einer durch den Kreisvorstand
265 ernannten Person.
- 266 3. Weiterhin können Projektgruppen zur Vorbereitung der Gründung eines
267 Arbeitskreises oder Ortsverbands eingesetzt werden.
- 268 4. Bei der Zusammensetzung der Leitungen von Projektgruppen gilt das
269 Frauenstatut.

270 § 13 GRÜNE JUGEND Nürnberg

- 271 1. Die GRÜNE JUGEND Nürnberg ist die angegliederte Jugendpartei von BÜNDNIS
272 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Nürnberg.
- 273 2. Der Kreisverband erkennt die politische und organisatorische
274 Selbständigkeit der GRÜNEN JUGEND Nürnberg an und unterstützt ihre Arbeit.
275 Auf Verhandlungsbasis trägt der Kreisvorstand Sorge für die finanzielle
276 Ausstattung der GRÜNEN JUGEND.
- 277 3. Zusammenarbeit zwischen Kreisverband und GRÜNER JUGEND in Bezug auf
278 Öffentlichkeitsarbeit ist erwünscht.

279 § 14 Finanzen

- 280 1. Der Kreisvorstand legt der Mitgliederversammlung jeweils in der ersten
281 Jahreshälfte einen Jahresabschluss für das abgelaufene Jahr, sowie
282 spätestens im Januar einen Haushaltsplan für das laufende Jahr vor.
- 283 2. Die Mitgliederversammlung beschließt über den Jahresabschluss, den
284 Haushaltsplan und eventuelle Nachtragshaushalte.
- 285 3. Der Kreisvorstand ist an den Haushaltsplan gebunden.

286 § 15 Auflösung

- 287 Die Auflösung des Kreisverbands erfolgt auf Antrag der Mitgliederversammlung
288 durch eine Urabstimmung.
- 289 2. Das Vermögen des Kreisverbands kommt im Falle der Auflösung dem
290 Landesverband zugute

291 § 16 Weitere Bestimmungen

- 292 1. Sofern diese Satzung über einen Sachverhalt schweigt, gilt entsprechend
293 die Satzung des Landesverbands.
- 294 2. Das Frauenstatut und Vielfaltsstatut des Landesverbands sind besonders
295 schützenswerte Bestandteile dieser Satzung.
- 296 3. Die Geschäftsordnung und Wahlordnung des Kreisverbands Nürnberg ergänzen
297 diese Satzung.
- 298 4. Sollte diese Satzung an einem Punkt der Satzung einer höheren Ebene
299 widersprechen, gilt nur dieser Punkt als ausgesetzt. Eine Änderung ist
300 schnellstmöglich anzustreben.

301 Geändert durch Beschlüsse vom 12. Mai 2016

302 Geändert durch Beschlüsse vom 25. Oktober 2018

303 Geändert durch Beschlüsse vom 07. Mai 2022

Begründung

Liebe Mitglieder,

dies ist die neue Satzung. Sie ist auf die neuen Herausforderungen angepasst, mit denen wir als Partei konfrontiert sind. Wir wachsen immer weiter was sehr erfreulich ist, und somit müssen wir auch unsere Strukturen verändern. Hier sind einmal ein paar wichtige Erneuerungen der neuen Satzung:

1. Neue Strukturen von Mitgliederversammlungen
2. Genauere Definierung von Aufgabenbereiche in verschiedenen Punkten
3. Klarstellung von Textabschnitten
4. Entfernung von Fehlern (entsanden durch Satzungsänderungen höhergestellter Ebenen)
5. Richtiges Gendern

Diese Satzung ist darauf ausgelegt mit der Geschäftsordnung und der Wahlordnung (beide letztes Jahr verabschiedet) zu harmonisieren. Sie bildet die Grundlage unseres politischen Handelns. Deshalb bitten wir als Vorstand um Zustimmung.